

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Hans Urbaniak MdB  
kommentiert die Tarif-  
auseinandersetzungen.

Seite 1/1a

Wolfgang Sieler MdB  
spricht vom "Renten-  
krampf" der Opposition.

Seite 2

Claus Grobecker MdB zur  
Lage in der deutschen  
Werftindustrie.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 65 11

33. Jahrgang / 51

14. März 1978

Arbeitgeber spielen nur auf Zeit

-----  
Solidarität mit den streikenden Arbeitnehmern

Von Hans Urbaniak MdB  
Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemein-  
schaft für Arbeitnehmerfragen

Die Auseinandersetzungen im Druckgewerbe und in der Metall-  
industrie müssen in einem größeren Zusammenhang gesehen wer-  
den. Die Arbeitgeber haben von Anfang an klargemacht, daß  
sie "die Gunst der Stunde" nutzen wollen, um sachlich gebo-  
tene soziale Absicherungen, die in den letzten Jahren mühe-  
voll erkämpft wurden, zurückzudrehen. Dafür können zahl-  
reiche Beispiele genannt werden.

Im Zusammenhang mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz wollen  
die Arbeitgeber sogenannte ausbildungsplatzhemmende Vor-  
schriften beseitigt wissen. Das heißt im Klartext: Der not-  
wendige Gesundheits- und Gefahrenschutz soll wieder konjunk-  
turabhängig gemacht werden.

Im Schwerbehindertengesetz haben die Arbeitgeber bereits  
den Versuch gemacht, die Interessen der jugendlichen Arbeit-  
nehmer gegen die der Behinderten auszuspielen. Auch die  
Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz von  
1976 hat das erklärte Ziel, den Ausbau der Mitbestimmung  
bis zur Parität für die Zukunft zu vereiteln. Es bedarf im  
Grunde keiner besonderen Betonung, daß die CDU/CSU den Ab-

bau von Arbeitnehmerrechten nachhaltig unterstützt. Der sogenannte Arbeitnehmerflügel hat sich mal wieder nicht getraut, sich ernsthaft zu Wort zu melden.

Dieses Grundkonzept wird in den Tarifaueinandersetzungen fortgesetzt, indem die Arbeitgeber des Druckgewerbes zu dem massiven Repressionsmittel der bundesweiten Aussperrung greifen. Den scheinheiligen Versuch, diese Aussperrung als Instrument der Herstellung der "Waffengleichheit" darzustellen, muß energisch widersprochen werden. Für die ausgesperrten Arbeitnehmer steht die Existenz auf dem Spiel. Die Arbeitgeber dagegen "riskieren" lediglich eine kurzfristige Gewinnbeeinträchtigung. Die bisher bekannt gewordenen Besitzstandsregelungen decken die Interessen der Arbeitnehmer nur zu einem geringen Teil ab. Den Metallarbeitgebern ist vorzuwerfen, daß sie durch die Wiederaufnahme der Gespräche Hoffnungen geweckt haben, für eine tragbare Tariflösung zu sorgen.

Es ist offensichtlich, daß auf Arbeitgeberseite nur auf Zeit gespielt wurde. Man muß sich ernsthaft fragen, ob die Arbeitgeberverbände den so wichtigen sozialen Frieden in unserem Lande aufs Spiel setzen wollen. Unsere volle Solidarität gilt den Kollegen in den Betrieben. (-/14.3.1978/ks/10)

Der Rentenkrampf der Opposition  
-----

CDU/CSU-Vorschläge sind unseriös und unredlich

Von Wolfgang Sieler MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Konsolidierung der Renten-Finzen im Zusammenhang mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz (RAG) fordert Opfer von allen, die es mit dem Generationen-Vertrag ernst meinen. Den Rentnern wird nichts genommen, wie es landauf, landab die Opposition in "bewährter Sonthofenstrategie" verkündet. Im Gegenteil, der Regierungsentwurf zum 21. RAG stellt eine solide Grundlage für eine mittelfristige Lösung der Finanzprobleme dar, ohne zukünftig notwendige Korrekturen unter Einschluß der Hinterbliebenenversorgung zu verbauen. Das Konzept der Koalition sichert ferner den Rentnern eine Rentenerhöhung, trotz erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten, für die nächsten Jahre. Den Rentnern ist weder mit der Angstmacherkampagne der Opposition noch mit deren Vorschlägen zur Schließung der rechnerischen Finanzlücke gedient.

Die Vorschläge der Opposition sind unseriös und unredlich, wenn einerseits den Rentnern versprochen wird, an der "bruttolohnbezogenen dynamischen Rente" festzuhalten und gleichzeitig eine Kürzung der Anpassungssätze um einen nicht näher bezeichneten Krankenversicherungsbeitrag vorgeschlagen wird. Der CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß, hat nun in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" vom 27.2.1978 die Katze aus dem Sack gelassen. 20 Milliarden DM sollten demnach mit dem Rentnerkrankenversicherungsbeitrag "eingespart" werden. Die restlichen 12 Milliarden DM sollen durch "Einsparungen" im Bundeshaushalt, z.B. bei den Zuschüssen zu den "Knappschaftsrenten" oder beim "Wohngeld" beschafft werden.

Im Klartext heißt dies doch Kürzung der Knappschaftsrenten oder Kürzung im Wohngeld. Die Arbeitnehmer und Rentner im Knappschaftsbereich werden sich dies gut merken. Kürzung im Wohngeld kann doch wiederum nur die kleinen Einkommensbezieher wie Rentner, Sozialhilfeempfänger und kinderreiche Familien treffen, die sozial Schwachen also.

So sieht also die "soziale und familienfreundliche Politik" der Opposition aus. Die Demaskierung hat stattgefunden. Franz Josef Strauß hat die Linie gezogen, wo nach Auffassung der Opposition der Sozialstaat aufzuhören hat. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird dieses Konzept mit der Angst zunichte machen und verhindern, daß sozialpolitische Errungenschaften zum Spielball parteitaktischer Überlegungen der Opposition mißbraucht werden. Solidität statt Krampf auch in der Sozialpolitik wäre Aufgabe einer ernst zu nehmenden Opposition.

(-/ 14.3.1978/vo-he/lo)

## Abschottung der Schiffbaumärkte weltweit überwinden

Positive-IG Metall-Vorstellungen zur Lage in der Werftindustrie

Von Claus Grobecker MdB

Die aktuelle Krise der Weltwirtschaft hat in ernstem Ausmaß auch die deutsche Werftindustrie getroffen. Nachdem jahrelang alle großen Schiffbaunationen einen geradezu hemmungslosen Ausbau der Schiffbaukapazitäten betrieben haben und in vielen Bereichen einen gewaltigen Überhang an Schiffstonnage produzierten, müssen heute, angesichts einer anhaltenden Weltrezession, die Werften um weitere Aufträge bangen. Das Auftragspolster der deutschen Werftindustrie ist bedrohlich geschmolzen.

Was dies für die Arbeitnehmer in bundesdeutschen Werften bedeutet, liegt auf der Hand: In den vergangenen Jahren sind schon Tausende von Arbeitsplätzen verloren gegangen. Es wird kurzgearbeitet, und viele fürchten heute um ihren Arbeitsplatz. Angesichts einer solchen Lage ist es nur zu verständlich, daß die IG Metall auf ihrem 7. nationalen Schiffbautag Anfang März in Hamburg in einer Entschliebung die Bundesregierung zu einer Schiffbaupolitik im Sinne der Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen aufgefordert hat.

Die Forderungen, die die Gewerkschaft auf dieser Konferenz formulierte, sind es wert, näher angesehen zu werden: Die deutsche Schiffbaupolitik muß in die Sackgasse führen, wenn sie sich - wie von der EC-Kommission vorgeschlagen - ausschließlich an der Anpassung der Kapazität an die zu erwartende Nachfrage orientiert. Mit dieser Radikalur, diesem "Gesundshrumpfen", würde das Problem der Beschäftigungslosigkeit im norddeutschen Raum unerträgliche Ausmaße annehmen.

In erster Linie ist es Aufgabe der Bundesregierung und der Regierungen der übrigen Industrienationen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Weltkonjunktur wieder in Schwung zu bringen. Weltweite gesamtwirtschaftliche Steigerungsraten führen zwangsläufig auch wieder zu einem vermehrten Warenaustausch, damit zu einem höheren Tonnagebedarf und einer gesteigerten Nachfrage nach Schiffsraum - immer noch das beste Mittel, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Einen mittelfristigen Beschäftigungseffekt könnte die Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen bei bestimmten Schiffstypen mit sich bringen. Schon lange werden beispielsweise bei den Riesentankern zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, wie stärkere Unterteilung der Laderäume, zusätzliche Ballasttanks und Doppelwandbau gefordert. Wer noch die großen Ölkatastrophen der letzten Jahre im Gedächtnis hat, der ist von der Notwendigkeit von größeren Sicherheitsauflagen überzeugt. Dies gilt vor allem für die Billigflaggenländer. Hier könnte die Bundesregierung in Absprache mit ihren euro-

päischen Partnern zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Durch die Verschärfung der sicherheitstechnischen Mindestnormen würde ein spürbarer Beitrag vor allem für den Umweltschutz an unseren Küsten geleistet. Und es würden auf den deutschen Werften Arbeitsplätze geschaffen bzw. gehalten.

Die Forderung der IG Metall nach einer weltweiten Strukturpolitik im Schiffbau, nach einer internationalen Kapazitätsabstimmung ist zu begrüßen. Die Abschottung der Schiffbaumärkte muß durch eine weltweite politische Anstrengung überwunden werden,

Erst wenn sich durch diese Initiativen die beschäftigungspolitische Situation an deutschen Werften nicht ändert, kann an eine Anpassung der Kapazitäten an die künftige Nachfrage gedacht werden. Dann aber muß die Bundesregierung verstärkt Mittel für die Schaffung gleichwertiger Arbeitsplätze in den Küstengebieten einsetzen.

Das anlaufende 8. Werfthilfeprogramm muß neu aufgelegt werden, und die fünfprozentigen Sonderzuschüsse für deutsche Reeder, die auf deutschen Werften bauen lassen, müssen erhalten bleiben. Dies fordert die Gewerkschaft - nicht ohne zurecht anzumerken, ob die Reederhilfe künftig nicht in direkte Subventionen für die Werften umgewandelt werden sollte. Dem stehen allerdings entsprechende OECD-Richtlinien entgegen.

Schließlich wird sich die Bundesregierung Gedanken darüber machen müssen, wie sie, beispielsweise durch die Einführung einer Investitionsmeldeinstelle, sich einen besseren Überblick über den rapiden Wandel in der Werftenstruktur verschaffen kann. Für ein mittelfristiges strukturpolitisches Werftenkonzept, wie es die Gewerkschaft IG Metall fordert, wäre ein solcher Schritt unerlässlich, auch wenn mancher Reeder - zu Unrecht - wieder von schleichender Verstaatlichung reden würde. Gleichzeitig muß die Bundesregierung, die Erfahrungen in der Luft- und Raumfahrtindustrie nutzend, einen Koordinator für das Schiffbaustrukturkonzept einsetzen.

Zusammengefaßt sind die Vorstellungen, die die IG Metall auf ihrem Schiffbautag zur Lage im deutschen Schiffbau formulierte, durchaus ein positiver Ansatz, von dem aus es sich lohnt, weiterzudenken und zu handeln. (-/14.3.1978/ks/10)